

## Entschließungsantrag

des Abgeordneten Dr. Kurzmann

und weiterer Abgeordneter

betreffend den sofortigen Abbruch der Türkei-EU-Beitrittsverhandlungen aus finanziellen und weiteren Gründen

**eingebraucht im Zuge der Debatte über den Tagesordnungspunkt 2, Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (111 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Bundesfinanzgesetz 2009 samt Anlagen erlassen wird (200 d.B.), Untergliederung 12 - Äußeres, in der 23. Sitzung des Nationalrates, XXIV. GP, am 26. Mai 2009**

Neben vielen Gründen, warum die Türkei der Europäischen nicht beitreten sollte, gibt es auch einen, der die Finanzen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten betrifft. Denn würde die Türkei der Europäischen Union beitreten, würde das die finanziellen Möglichkeiten der EU und ihrer Mitgliedsstaaten sicherlich überspannen.

Darüber hinaus scheinen auch die beiden Regierungsparteien SPÖ und ÖVP, die bisher nichts gegen einen EU-Beitritt der Türkei unternommen haben, bzw. diesen sogar forciert haben, im Zuge des Wahlkampfes für die Wahl zum Europäischen Parlament erkannt zu haben, dass ein Beitritt der Türkei zur EU kaum Gutes mit sich bringen würden, und haben sich daher durch die EU-Spitzenkandidaten Johannes Swoboda (SPÖ) und Ernst Strasser (ÖVP) gegen einen Beitritt der Türkei im Namen ihrer Parteien ausgesprochen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

### Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, auf nationaler wie auf europäischer Ebene alle Maßnahmen zu ergreifen, um umgehend einen Abbruch der Verhandlungen zwischen der EU und der Türkei über deren Beitritt zu erwirken.“



Wien am

26. MAI 2009

